

Vielschichtige Deutungsmuster

Die Selbstverbrennung von Jan Palach und Oskar Brüsewitz

Vor vierzig Jahren – am 18. August 1976 – fand die Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz vor der Michaeliskirche im sächsischen Zeitz statt. Der ostdeutsche Pfarrer wollte mit seinem drastischen Akt die Unterdrückung der Kirchen im Kommunismus im Allgemeinen und in den Schulen der DDR im Speziellen anklagen. Die Mystifizierung als christlicher Märtyrer, der in eine Reihe mit den Protagonisten der Bekennenden Kirche im „Dritten Reich“ gestellt wird, seine Viktimisierung als Verfolgter der Stasi und Opfer einer Kirchenführung, die sich durch den SED-Staat korrumpieren lässt, erfolgte vor 1989 vor allem in der Bundesrepublik. Hier wurde der Fall Brüsewitz parteipolitisch instrumentalisiert, zum Argument gegen die Entspannungspolitik der SPD/FDP-Regierung und als Sinnbild für den Unrechtscharakter des DDR-Regimes in Szene gesetzt.

Die Reaktionen auf den Protestsuizid in der DDR waren anders geartet: Zwar befürchtete die Stasi nach dem Tod von Brüsewitz unter anderem Auswirkungen auf die Opposition im eigenen Land: „Vom MIS werden in Abstimmung mit den örtlichen Partei- und Staatsorganen sowie den kirchenleitenden Organen entsprechende Maßnahmen eingeleitet, um zu verhindern, dass die Beisetzung von Brüsewitz für feindlich negative Aktivitäten gegen die DDR missbraucht wird“, hieß es in einem Bericht vom 23. August 1976.

Die Angst von SED-Führung und Staatssicherheit, dass die Tat von Brüsewitz zum Mobilisierungsschub für die weitere Verstärkung der DDR-Opposition werden könnte, war allerdings größtenteils unbegründet. Einzig ein diffamierender Artikel im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“, der Brüsewitz als geisteskranken Querulanten diffamierte, führte zu einer Reihe von Protesten. Darüber hinaus bezogen sich einzelne Ausreisewillige auf den Pfarrer, indem sie mit einer Nachahmung der Tat drohten. Familie und Bekannte von Brüsewitz sowie die DDR-Kirche wehrten sich hingegen gegen alles, was einen Märtyrerkult begründet hätte.

Nach friedlicher Revolution und Wiedervereinigung waren es wieder vor allem Protagonisten aus der alten Bundesrepublik mit starkem Sendungsbewusstsein, die durch eine selektive und suggestive Quellenauswahl den Pfarrer aus Zeitz als Opfer von Stasi und Wegbereiter der friedlichen Revolution idealisierten. Gleichzei-

tig wurde der Fall instrumentalisiert, um mit dem Agieren der evangelischen Kirche in der DDR abzurechnen. Heute wird das „Fanal von Zeitz“ zumeist – auch von DDR-Bürgerrechtlern – in eine Reihe von Ereignissen des Jahres 1976 eingeordnet, die den Auftakt zu einem Erstarren der Opposition bildeten: zusammen etwa mit der Biermann-Ausbürgerung und der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte von Helsinki durch die DDR-Regierung.

Brüsewitz war nicht der Einzige im ehemaligen Ostblock, der mit dem Mittel der Selbstverbrennung ein politisches Fanal setzte. International bekannter ist der Fall des tschechischen Studenten Jan Palach, der sich im Januar 1969 auf dem Wenzelsplatz in Prag aus Protest gegen die Niederschlagung des Prager Frühlings selbst anzündete. Anders als im Fall Brüsewitz wurde Palach sofort zum Helden und zur Symbolfigur. In den späten siebziger und achtziger Jahren wurde das Gedenken an Palach in oppositionellen Kreisen der ČSSR weiter gepflegt – auch als Kritik am Verhalten der schweigenden Mehrheit. Nicht zuletzt das tschechoslowakische Exil trug zur Märtyrisierung von Palach bei und etablierte ihn damit im internationalen Gedenken. Die samtene Revolution 1989 in der ČSSR wurde als die Vollendung des Vermächtnisses von Palach gesehen, und er selbst avancierte zum Nationalhelden, der er bis heute geblieben ist.

Sabine Stach hat in ihrer Studie Palach und Brüsewitz als Beispiele für politisches Märtyrertum in Staatssozialismus und Vermächtnispolitik bis ins Jahr 2013 untersucht. Sie erörtert die verschiedenen nationalen und transnationalen Diskurse, nimmt die diversen Akteure in den Blick und versucht, das vielschichtige Geflecht von Zuschreibungs- und Deutungsmustern nachzuvollziehen. So gelingt ihr eine Dekonstruktion von Mythen, Idealisierungen und Geschichtsbildern. Sie zeigt darüber hinaus die Problematik eines Aufarbeitungsparadigmas, das die Aktivitäten der kommunistischen Geheimpolizeien in den Mittelpunkt stellt. Wenn der Band auch einige Längen hat, so ist er dennoch ein wichtiger Beitrag zur dringend erforderlichen Historisierung der Geschichte des untergegangenen kommunistischen Herrschaftsbereichs. DANIELA MÜNKEL

Sabine Stach: Vermächtnispolitik. Jan Palach und Oskar Brüsewitz als politische Märtyrer. Wallstein Verlag, Göttingen 2016. 511 S., 42,- €.

Wer ist NoPegida?

Analyse der Gegenbewegung eines Phänomens

Das Göttinger Institut für Demokratieforschung um Franz Walter hatte frühzeitig das mittlerweile stark verblasste Phänomen Pegida aufgearbeitet; es beschreibt, analysiert und bewertet nun, erneut empirisch gesättigt, das Pendant, das sich Pegida in den Weg stellt(e): NoPegida! Die Kernfrage lautet dabei: Verkörpert diese Gegenbewegung die helle Seite der Zivilgesellschaft?

Stine Marg, Katharina Trittel, Christopher Schmitz, Julia Kopp und Franz Walter untersuchen in ihrer sozialwissenschaftlichen Studie das Verhältnis zu Gewalt und Polizei, das Selbstverständnis, das Gesellschaftsbild, die Sicht auf die Politik wie auf die Medien. Die Autorenvielfalt, ohne Nachweis des individuellen Anteils, hat ihren Preis. Einerseits wird die „dualistische Weltsicht“ von „gut“ und „böse“ kritisiert, andererseits das Denken „in der Kategorisierung von Freund und Feind“ wenig überzeugend bestritten.

Die quantitative Erhebung umfasst 743 Personen, die qualitative acht „Fokusgruppen“ mit 54 Personen in vier ausgewählten Orten des Protests: Dresden, Karlsruhe, Frankfurt am Main und Leipzig. Das betont „bürgerliche“ Dresden fällt aus dem Rahmen – wegen der Minderheitenposition NoPegidas und der spät entfaltenen zivilgesellschaftlichen Proteststrukturen. Ein erst im April 2015 gegründete Bündnis „Dresden für Alle“ tritt deutlich gemäßigter auf als „Dresden Nazifrei“, bereits 2009 als radikaler Widerpart zu den rechtsextremistischen Demonstrationen im Zusammenhang mit dem Gedenken an den 13. Februar 1945 ins Leben gerufen. Die Autoren bringen die weithin linksextremen Züge von „Dresden Nazifrei“ nicht angemessen zum Ausdruck.

Viele Demonstranten nehmen die Polizei, die das staatliche Gewaltmonopol zu sichern hat, als eigenständigen Akteur wahr, der mit Pegida sympathisiere und NoPegida schikaniere. So gilt nach dieser Lesart nicht nur Pegida als Gegner, sondern vielfach auch die Polizei. NoPegida beansprucht mit Antirassismus und Antifaschismus ein moralisches Überlegenheitsgefühl. Das vielfach verbreitete Narrativ: „Kein Mensch ist illegal.“

Pegida, fixiert auf die eigene Nation und als nicht diskursfähig eingestuft, erfährt demgegenüber eine Abwertung – die Bewegung gilt als menschenfeindlich, rechtsextremistisch, ausländerfeindlich, mindestens als populistisch. Wer sie so interpretiert, spricht ihr vielfach die Existenzberechtigung ab. „In dieser Argumentationslinie ist es auch verständlich, dass die Befragten einerseits für sich als grundlegendes Recht die Demonstrationsfreiheit einfordern, während sich einige, nicht alle Befragten gegen dieses Recht für Pegida aussprechen.“ Verständlich ja, aber berechtigt? Immerhin heißt es: „Das Urteil über Gleichgesinnte, die Gewalt praktizieren, fällt oftmals recht milde aus, insbesondere im Vergleich zu den

harschen und mitunter dramatisierenden Aussagen über diejenigen, die Gewalt gegen NoPegida ausüben.“ Vielleicht wären Gewaltstatistiken zu Pegida- und NoPegida-Demonstrationen hilfreich.

NoPegida ist bei aller Heterogenität durch linke Dominanz gekennzeichnet, die Extremismustheorie, die auf Äquidistanz gegenüber Rechts- und Linksaufen basiert, wird abgelehnt, „Antifaschismus“ akzeptiert, zuweilen ein „Extremismus der Mitte“ angeprangert. Von den befragten NoPegida-Teilnehmern hatten bei der Bundestagswahl 2013 knapp 40 Prozent für die Grünen votiert, knapp 30 Prozent für die SPD und knapp 20 Prozent für die Linke. 2017 wollen jeweils 25 Prozent die SPD und die Linke wählen. Die Verfasser arbeiten drei etwa gleich große Gruppen der NoPegida-Demonstranten heraus: den Pflicht-Typ, den Helfer-Typ, den Kampf-Typ. Der pflichtbewusste Bürger (männlich, christlich ausgerichtet) sieht Engagement als selbstverständlich an, der hilflosorientierte (weiblich, in Flüchtlingsprojekte eingebunden) ist stark vernetzt, der kämpferisch-verteidigende (Wähler der Linken, konfessionslos) übt die schärfste Gesellschaftskritik.

Zuweilen, allerdings nicht systematisch, kommen Bezüge zu Pegida zur Sprache, mehr Unterschiede als Parallelen. Stammen die Teilnehmer bei Pegida vor allem aus der mittleren und älteren Generation, so überwiegt bei NoPegida kaum eine Geschlechtergruppe – mit einer starken Überrepräsentation jüngerer Menschen. Berufen sich die einen oft auf „1968“, so die anderen auf „1989“. Das Wort „Lügenpresse“ fehlt bei NoPegida zwar, aber manche als einseitig empfundene Berichterstattung über eigene Aktivitäten zumal in lokalen Medien gilt als Stein des Anstoßes. Anders als bei Pegida – und das mag erstaunen – gibt es keine Präferenzen für direktdemokratische Mechanismen. In der Ablehnung von TTIP sind sich beide Richtungen einig.

Wer am Ende fragt, ob NoPegida die helle Seite der Zivilgesellschaft sei, erhält keine ganz klare Antwort. Auf der einen Seite wird das weltoffen-solidarische Engagement gerühmt, auf der anderen der reflexhafte Vergleich zu den 1930er Jahren gerügt. „Ja, aber“ – so ließe sich das Resümee ziehen. Für das Autorenteam schneidet NoPegida besser als Pegida ab, für den Rezensenten das Pegida-Buch besser als das Pendant, wiewohl die erstmalige Analyse des Gegen-Protestes Respekt verdient und insgesamt nuancenreich argumentiert. Das Selbstverständnis der Gegenbewegung steht diesmal sehr im Vordergrund, die Kritik fällt etwas knapp aus, eine gewisse Diskrepanz zwischen der nüchternen Beschreibung und der zuweilen wohlwollenden Interpretation ist erkennbar. ECKHARD JESSE

Stine Marg/ Katharina Trittel / Christopher Schmitz/ Julia Kopp/ Franz Walter: NoPegida! Die helle Seite der Zivilgesellschaft? Transcript Verlag, Bielefeld 2016. 161 S., 19,99 €.

In Eintracht mit Hitler

Protestantismus und Nationalsozialismus gingen in der Pfalz meist Hand in Hand

Der Begriff „Protestant“ findet sich im Deutschen Wörterbuch der Gebrüder Grimm im Artikel „Protest“. Zurück geht er auf die „Protestation“ auf dem Reichstag zu Speyer 1529, mit der eine Minderheit evangelischer Fürsten und Städte gegen einen Mehrheitsbeschluss des Reichstages, der die Ausbreitung der Reformation unterbinden sollte, Rechtsverwahrung einlegte. Dieser Territorien übergreifende Akt verband religiöse Überzeugung mit einem klaren juristischen Standpunkt und schuf ein verbindendes Identitätsbewusstsein der künftig „protestantes“ Genannten. Der Kirchenhistoriker Friedrich Christian Baur sah zu Beginn des 19. Jahrhunderts im Protestantismus über den religiösen Bereich hinaus sogar das Prinzip der Freiheit des Geistes repräsentiert. Doch waren diese Auffassungen im 20. Jahrhundert Teil des evangelischen Selbstverständnisses?

„Protestanten ohne Protest“ – unter diesem Titel haben im Auftrag der Evangelischen Kirche der Pfalz 60 Autorinnen und Autoren ein informatives Handbuch zu ihrer Geschichte im „Dritten Reich“ erarbeitet. Der Titel greift das Selbstverständnis einer dezidiert protestantischen Landeskirche auf, die sich bewusst auf die Speyerer Protestation und den Rationalismus bezog. Liberalismus und Protestantenverein prägten die pfälzische Unionskirche wie kaum eine andere evangelische Kirche. Zugleich charakterisiert diese Bezeichnung das Verhalten der Pfälzer Protestanten zwischen 1933 und 1945: „Protest gegen das NS-Regime gab es im pfälzischen Protestantismus nur sehr sporadisch und zurückhaltend.“

Das unter Federführung der Evangelischen Akademie entstandene Werk bettet die Kirchengeschichte konsequent in die überregionalen, politischen und alltagsgeschichtlichen Zusammenhänge ein und vermeidet so geschickt eine regionale Engführung. Ertragreich ist die methodische Vielfalt dieser Konzeption: Der erste Band bietet einen Überblick über den Weg der pfälzischen Landeskirche. Gefragt wird nach der politischen Rolle der Kirche und nach der Ausgestaltung unterschiedlicher kirchlicher Handlungsfelder.

Chronologisch ist der Abschnitt über den „Weg der Landeskirche“ angelegt. Struktur- und institutionengeschichtliche Ansätze finden sich im Kapitel über die Einrichtungen, Organisationen und Gruppen. Die enge Verbindung zur Politik- und Gesellschaftsgeschichte ist im Abschnitt über die Landeskirche und staatliche Gewaltmaßnahmen erfahrbar. Die Ausdifferenzierung des modernen Christentums zeigt der Bereich der kirchlichen Handlungsfelder. Der zweite Band präsentiert über exemplarische Kurzbiographien Zugänge zu unterschiedlichen Einstellungen und Handlungsdispositionen zentraler Personen.

Das vorliegende Handbuch zeichnet erstmals ein Gesamtbild der pfälzischen Landeskirche im Nationalsozialismus. Es zieht nicht nur Bilanz, sondern will auch eine Diskussion über diese Zeit, ihre Vorgeschichte und ihre Folgen anregen. Es weiß sich den Standards geschichtswissenschaftlicher Forschung verpflichtet und ist zugleich auch für ein historisch interessiertes Publikum mit Gewinn zu lesen.

„Viele NS-Funktionäre sahen sich als gute Protestanten. Kirchliche Funktionsträger waren zum Teil begeisterte Nationalsozialisten. Einen ausgeprägten „Kirchenkampf“ gab es in der Pfalz nicht“, resümiert Herausgeber Christoph Picker. Protestantismus und Nationalsozialismus gingen in der Pfalz weitgehend Hand in Hand. Der in der historischen Forschung bisher einvernehmlichen Auffassung von der grundsätzlich kirchenfeindlichen Einstellung der NSDAP, die

sich in den Anfangsjahren nur aus taktischen Gründen für die Kirchen interessierte und letztlich ihre Entfernung aus dem öffentlichen Leben anstrebte, wird hier widersprochen. Handelt es sich dabei um ein regionales Phänomen? Auch die Vermutung, dass der theologische Liberalismus besonders anfällig für den Nationalsozialismus gewesen sei, findet für die Pfalz keine Bestätigung. Die leitenden Personen der Deutschen Christen kamen zumeist aus dem theologisch „positiven“ Lager.

Die Attraktivität des Nationalsozialismus sieht Picker in der Sehnsucht nach Eintracht. Es sei darum gegangen, die in der Weimarer Republik entstandenen gesellschaftlichen und kirchlichen Brüche

tische Linke und den politischen Katholizismus ließ vielen in der Pfälzer Landeskirche die NSDAP positiv erscheinen.

Dass der Kirchenkampf zwischen Bekennnisbewegung und Deutschen Christen in der Pfalz kaum ausgeprägt war, wird darauf zurückgeführt, dass die Einberufung der deutsch-christlichen Landessynode bis zum Frühjahr 1934 verzögert worden war. Zudem wirkte sich die Übersichtlichkeit der Landeskirche aus – in kleineren Systemen wirken Loyalitätsverpflichtungen und Anpassungsdruck stärker. Dieser Befund gilt auch für die Hamburger Landeskirche.

Und die Juden? Antijudaismus gab es in der Pfalz, aber – so das Ergebnis – selbst überzeugte Nationalsozialisten

chen Handelns? Gerade bei den Kirchen, die heute in der öffentlichen Auseinandersetzung ein hohes Maß an moralischer Integrität und gesellschaftlich-politischer Mitwirkung beanspruchen, geht es in der Auseinandersetzung mit dem „Dritten Reich“ um ihre eigene Glaubwürdigkeit.

Der Staatsrechtler und Bundesverfassungsrichter Gerhard Leibholz (1901–1982), der 1938 nach Großbritannien emigriert und 1947 nach Göttingen zurückgekehrt war, schrieb rückblickend über das „Dritte Reich“: „Der Nationalsozialismus war in gewissem Sinne eine Offenbarung, er zeigte, was an den einzelnen Menschen im Grunde genommen dran war – er offenbarte die Sub-



Ohne räumliche Substanz: Ruine der Friedenskirche in Ludwigshafen-Nord (um 1946)

Abbildung aus dem besprochenen Band

– vor allem nach den hart geführten Auseinandersetzungen bei den Synodalwahlen 1927 – zu überwinden. Die gemeinschaftsbezogene Ideologie der Deutschen Christen habe einen Ausweg aus den Konfliktkonstellationen versprochen. Die Protestanten in der Pfalz seien nicht demokratiefeindlich gewesen, noch hätten sie dem landesherrlichen Kirchenregiment nachgetrauert. Vielmehr seien „moderne Pluralität und die anstrengenden Verfahren des ungewohnten demokratischen Interessenausgleichs“ als Überforderung empfunden worden. „Der Nationalsozialismus wurde vor allem deshalb salonfähig, weil er Homogenität versprach. Das dies auf Kosten einer brutalen Ausgrenzung divergenter Gruppen geschah, wurde ausgeblendet oder billigend in Kauf genommen.“ Gerade der Kampf gegen die poli-

wie der Landesbischof Ludwig Diehle, der das goldene Parteiabzeichen besaß, seien dem Rassenantisemitismus gegenüber distanziert gewesen. Der Arierparagraf wurde nicht eingeführt, weil der einzige nichtarische Geistliche in die Schweiz emigriert war. Eine Unterstützung für verfolgte „Nichtarier“ gab es in der pfälzischen Kirche nicht. Eine aktive Mitwirkung an der Krankenmord-Aktion T 4 sei ebenso wenig nachweisbar wie ein öffentlicher Protest der Kirche dagegen.

Zusammenfassend standen für die pfälzische Landeskirche im „Dritten Reich“ institutionelle Eigeninteressen im Vordergrund. Die Landeskirche war mit sich selbst beschäftigt, sogar die Pfarrbruderschaft konzentrierte sich lediglich auf die eigene Kirche. Entspricht das dem (Selbst-)Verständnis christli-

chen Menschen.“ Offenbarte er auch die Substanz der Theologie und der kirchlichen Verkündigung, deren Vertreter auf sich selbst fokussiert waren und Greuelthaten geschehen ließen oder gar unterstützten? Die kritische Auseinandersetzung mit diesem Abschnitt der deutschen Geschichte ist nach wie vor eine aktuelle und notwendige Aufgabe, gerade in Kirchen, Gemeinden und in der theologischen Forschung – und für ihre Erinnerungskultur ein wichtiger Schritt. Das hier vorgestellte Werk für die Pfalz ist ein überregional wichtiger Baustein dazu. RAINER HERING

Protestanten ohne Protest. Die evangelische Kirche der Pfalz im Nationalsozialismus. Herausgegeben von Christoph Picker und anderen. Verlagshaus Speyer, Speyer 2016. Zwei Bände, 640 S. und 288 S., 59,90 €.

Deutsches Gebiss siegesgewiss

Sinnstiftender Auftrag: Ein Blick auf die Kriegssammlungen zum Ersten Weltkrieg

Das „Tiefste und Beste der Volksseele“ zu dokumentieren war das Anliegen und die teleologische Leitvorstellung unübersehbar. Keine Kriegssammlung, die nicht in fester Erwartung eines deutschen Sieges angelegt worden war. Die Leidenschaft, literarische und materialienkundliche Dokumente zum Kriegsgeschehen zusammenzutragen, nahm im Deutschland von 1914 nicht gerade Formen eines Volkssports an, war aber in bürgerlichen Kreisen doch so populär, dass es für die Gründung eines Verbandes und die Herausgabe einer Zeitschrift reichte. Die affirmative Einstellung zum Krieg war gegeben und das väterliche Wohlwollen der angebeteten Heroen sicher. Erich Ludendorff schrieb einen fördernden Brief für das geplante Reichskriegsmuseum, und Feldmarschall von Hindenburg, ganz der sparsame Patriot, stiftete aus seinem Kleiderkasten die abgetragenen Uniformen.

Die Sammlerüberzeugung war: „ein neues Kapitel der Weltgeschichte“ zu dokumentieren, „eine neue Stellung im Rahmen der Welt“ und damit die „Grundlage für eine deutsche Weltkultur“ zu erleben – so der Leiter des Kriegsmuseums Hannover noch im Jahre 1918. Die Sammler neigten nicht zur Bescheidenheit, sobald es um die Bewertung des zusammengetragenen Schriftguts ging: vielfach Feldpostbriefe, Zeitungsaus-

schnitte und andere Gebrauchsliteratur. Die Stilisierung zum „Kulturwerk“ war noch das Minimum. Der beamtete Sammler des hessischen Kriegszeitungsarchivs genierte sich nicht, das von ihm angelegte (Euvre auf eine Ebene mit den Monumenta Germaniae Historica zu heben.

Sammler und Sammlungen bestätigten die paranoische Weltsicht einer Nation und einen abgrundtiefen Provinzialis-

Generalfeldmarschall von Hindenburg stiftete aus seinem Kleiderkasten die abgetragenen Uniformen.

mus, der bereits Henri Pirenne erschüttert hatte. Der belgische Gelehrte war unweit von Jena interniert worden und hatte in Gesprächen mit seinen deutschen Berufskollegen verblüfft zur Kenntnis nehmen müssen, wie schlecht informiert sie waren und wie wenig bereit sie sich zeigten, sich aus ihrer provinziellen Engstirnigkeit zu lösen und über den schmalen nationalen Tellerrand hinauszuschauen. Fundamental gesehen, waren diese Sammlungen nicht weniger als der nachgelieferte Beweis eines kol-

lektiven Willens zur Welt dominanz, wie sie der in Deutschland ungeliebte Georges Clemenceau frühzeitig analysiert hatte. Die weitere Entwicklung bestätigte die Prognose des studierten Mediziners.

Die Autorin zitiert in diesem Zusammenhang die Analyse eines deutschen Historikers, welcher der Nation eine „fehlgeschlagene oder versäumte mentale Demobilisierung nach 1918“ attestierte. Diese Cocktail-These geht an den Ursachen vorbei: nämlich dem ignoranten Provinzialismus der gebildeten Stände in Deutschland und insbesondere der Professoren. Mit dem Waffenstillstand vom 11. November rückte das teleologische Ziel der Kriegssammlungen außer Reichweite. Die Sammler sahen sich ihres sinnstiftenden Auftrags beraubt. Damit ordneten sie ihre Sammlungen fundamental in der Kategorie der siegesdeutschen Propaganda ein. Was wohl insgeheim schon immer die Idee war.

Es wäre spannend gewesen, zu erfahren, ob die raren, faktisch allesamt staatlichen Sammlungen in England und Frankreich ebenfalls mit teleologischer Ausrichtung angelegt worden waren. Widersprochen werden muss der kühnen Hypothese, dass die psychologische Kriegführung der Entente-Staaten ab Mitte 1918 keine deutsche Entsprechung gehabt habe. Georges Clemenceau Kabinettschef, General Mordacq,

hat es in seinem vierbändigen Augenzeugenbericht in anderer Erinnerung. Differenzierung vermissen lässt auch die pauschalisierende Formulierung von „der geistigen Mobilmachung der europäischen Intellektuellen“. Zwischen der rabiaten Rechtfertigung höchst unerfreulicher Vorkommnisse wie der kurzerhand abgeackelten Universitätsbibliothek von Löwen („furore teutonico diruta“, wie es Kardinal Mercier zusammenfasste) oder der kurz und klein geschossenen Kathedrale von Reims und Claude Debussys Komposition „Noël des enfants qui n’ont plus de maisons“ liegen gewaltige Unterschiede.

Es ehrt einen nachdenklicheren Gelehrten wie Max Planck immens, dass er später die Kraft fand, sich von der wilden Apologetik seiner Standeskollegen zu distanzieren. Korrekterweise wäre auch noch zu präzisieren, dass auf den Waffenstillstand von 1918 keine „Kapitulation“ folgte (so hätten es sich die Republikaner im amerikanischen Senat gewünscht, und zwar „bedingungslos“), sondern ein Friedensvertrag. Die Leitinterpretationen aus dem „Dritten Reich“ werfen offenkundig einen langen Schatten. IGNAZ MILLER

Aibe-Marlene Gerdes: Ein Abbild der gewaltigen Ereignisse. Die Kriegssammlungen zum Ersten Weltkrieg. Klartext Verlag, Essen 2016. 433 S., 34,95 €.